

per Post an:

Kanzlei Christian O. Eidenschink
Steinstraße 22
64807 Dieburg

Vollmacht und Datenschutzerklärung

Der Kanzlei Christian O. Eidenschink, Steinstraße 22, 64807 Dieburg

wird hiermit in Sachen

wegen

umfassend Vollmacht erteilt zur

1. Prozessführung (u.a. nach §§ 81 ff. ZPO) einschließlich der Befugnis zur Erhebung und Zurücknahme von Widerklagen;
2. Zur Antragstellung in Scheidungs- und Scheidungsfolgesachen, zum Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen sowie zur Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften;
3. Vertretung und Verteidigung in Strafsachen und Bußgeldsachen (§§ 302, 374 StPO) einschließlich der Vorverfahren sowie (für den Fall der Abwesenheit) zur Vertretung nach § 411 II StPO, mit ausdrücklicher Ermächtigung auch nach §§ 233 I, 234 StPO sowie mit ausdrücklicher Ermächtigung zur Empfangnahme von Ladungen nach § 145 a II StPO, zur Stellung von Straf- und anderen nach der Strafprozessordnung zulässigen Anträgen und von Anträgen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, insbesondere auch für das Betragsverfahren;
4. Vertretung in sonstigen Verfahren und bei außergerichtlichen Tätigkeiten aller Art (insbesondere in Unfallsachen zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer).
5. Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und zur Abgabe und Entgegennahme von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen) in Zusammenhang mit der oben unter „Sache“ genannten Angelegenheit.

Die Vollmacht gilt für alle Instanzen und erstreckt sich auch auf Neben- und Folgeverfahren aller Art (z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzungs-, Zwangsvollstreckungs-, Interventions-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Hinterlegungsverfahren sowie Konkurs-/Insolvenz- und Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gegners).

Sie umfasst insbesondere die Befugnis zur Abgabe und Entgegennahme einseitiger Willenserklärungen (z. B. Kündigungen), ferner Zustellungen zu bewirken und entgegenzunehmen, die Vollmacht ganz oder teilweise auf andere zu übertragen (Untervollmacht), Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten, den Rechtsstreit oder außergerichtliche Verhandlungen durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis zu erledigen, Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere auch den Streitgegenstand und die vom Gegner, von der Justizkasse oder von sonstigen Stellen zu erstattenden Beträgen entgegenzunehmen oder Akteneinsicht zu nehmen.

Der Kanzlei wird gestattet, zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung des Mandats personenbezogene Daten per Computer zu speichern. Die Daten werden nicht an unbefugte Dritte weitergegeben. Die anwaltliche Geheimhaltungs- und Schweigepflicht bleibt uneingeschränkt gewahrt. Sämtliche Daten und Dokumente werden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet.

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Verantwortlichen (Ziffer 1) und die Ihnen nach aktuellem Datenschutzrecht zustehenden Rechte:

1. VERANTWORTLICH FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Rechtsanwalt Christian O. Eidenschink, Steinstr. 22, 64807 Dieburg
Telefon 06071 207707, Fax 06071 207708, E-Mail
kanzlei@eidenschink.info

2. ZWECKE UND RECHTSGRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG

Sofern Sie uns Ihre freiwillige Einwilligung für die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO erteilt haben, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten für vorvertragliche und vertragliche Zwecke (Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag, Mandanteninformationen mittels Brief und Newsletter) ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Soweit dafür besondere Kategorien personenbezogener Daten erforderlich sind, holen wir Ihre Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 a) i. V. m. Art. 7 DSGVO ein.

Ihre Daten verarbeiten wir auch, um unsere berechtigten Interessen zu wahren (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO). Dies kann insbesondere sein:

- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs;
- Aktualisierung von Adressdaten;
- Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Forderungseinziehung und -durchsetzung;
- Rechtsanwaltschaftliche Berufsausübung in der Funktion als unabhängiges Organ der Rechtspflege;
- außergerichtlichen und gerichtlichen Forderungsbeitreibung für den Fall der Nichtzahlung durch den Mandanten (auch über Dritte)

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dienen in diesen Fall die jeweilige gesetzliche Regelung i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO. Dies kann insbesondere sein:

- Identitätsfeststellung und Interessenskollisionsprüfung;
- Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunfts-, Aufbewahrungs- und sonstiger Pflichten

3. KATEGORIEN DER EMPFÄNGER DER PERSONENBEZOGENEN DATEN

Im Rahmen der Mandatsbearbeitung und -erfüllung können, soweit erforderlich, personenbezogene Daten an folgende Empfänger übermittelt werden:

- Abtretungsempfänger
- Arbeitgeber
- Auskunfteien
- Banken und (Rechtsschutz-) Versicherungen
- Behörden (z. B. Einwohnermeldeamt, Polizei, Staatsanwaltschaft)
- Gegner und Gegnervetreter
- Gerichte und Vollstreckungsorgane
- Gläubiger des Betroffenen
- Inkassounternehmen
- Prozessbeteiligte (z. B. Streithelfer, Zeugen)
- Prozessbevollmächtigte (von Gegnern/Schuldnern, Drittschuldnern, Dritten)
- Rechtsanwälte, Unterbevollmächtigte, Verkehrsanwälte
- Register (z. B. Unternehmensregister, Handelsregister)
- Schuldner und Drittschuldner
- Sicherungsgeber und -nehmer
- Steuerberater

Wir bedienen uns zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zur Teil externer Dienstleister, wie z. B. Callcenter, Sekretariatsservice, IT-Anbieter, IT-Support. Soweit ein Auftragsverhältnis besteht, haben wir mit diesem einen Auftragsverarbeitungsvertrag zur Sicherstellung der Pflichten aus Art. 28 DSGVO geschlossen.

4. ABSICHT, DIE PERSONENBEZOGENEN DATEN AN EIN DRITTLAND ODER EINE INTERNATIONALE ORGANISATION ZU ÜBERMITTELN

Eine aktive Übermittlung von personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

5. KRITERIEN FÜR DIE FESTLEGUNG DER DAUER, FÜR DIE DIE PERSONENBEZOGENEN DATEN GESPEICHERT WERDEN

Die Kriterien zur Festlegung der Dauer der Speicherung bemessen sich danach, ob die Verarbeitung nach Art. 6 DSGVO zulässig ist. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete und ggf. eingeschränkte – Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung berufs- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen: Nach gesetzlichen Vorgaben erfolgt die Aufbewahrung für 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde gemäß § 50 Bundesrechtsanwaltsordnung - BRAO (für Handakten) sowie für 10 Jahre gemäß § 147 Abs. 1 Abgabenordnung - AO (Bücher, Aufzeichnungen, Lageberichte, Buchungsbelege, Handels- und Geschäftsbriefe, für Besteuerung relevante Unterlagen, etc.);
- Erfüllung der gesetzlichen Pflichten gemäß § 43a Abs. 4 Bundesrechtsanwaltsordnung – BRAO sowie gemäß § 3 Berufsordnung für Rechtsanwälte – BORA (Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen);
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften: Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre, unter besonderen Umständen bis zu 30 Jahren.

6. BETROFFENENRECHTE

Als betroffene Person haben Sie folgende Rechte:

- Eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden gemäß Art. 15 DSGVO;
- Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen gemäß Art. 15 DSGVO;
- Berichtigung der Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen gemäß Art. 16 DSGVO;
- Löschung der Sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen gemäß Art. 17 DSGVO;
- Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen gemäß Art. 18 DSGVO;
- Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Weiter haben Sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen durch uns übermitteln zu lassen gemäß Art. 20 DSGVO;
- Widerruf Ihrer erteilten Einwilligung, wenn die Verarbeitung auf Art. 6 (1) lit. a oder Art. 9 (2) lit. a DSGVO beruht. Die Datenverarbeitung bis zum Widerruf bleibt dabei rechtmäßig. Der Widerruf gilt nur für die Zukunft. Die Voraussetzungen hierzu finden Sie in Art. 7 (3) DSGVO;
- Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt gemäß Art. 77 DSGVO.

WIDERSPRUCHSRECHT

SIE HABEN DAS RECHT, AUS GRÜNDEN, DIE SICH AUS IHRER BESONDEREN SITUATION ERGEBEN, JEDERZEIT GEGEN DIE VERARBEITUNG SIE BETREFFENDER PERSONENBEZOGENER DATEN, DIE WIR AUFGUND UNSERES ÜBERWIEGENDEN BERECHTIGTEN INTERESSES VERARBEITEN (ART. 6 ABS. 1 LIT. E ODER F DSGVO), WIDERSPRUCH MIT WIRKUNG FÜR DIE ZUKUNFT EINZULEGEN GEMÄSS ART. 21 DSGVO.

7. VERPFLICHTUNG ZUR BEREITSTELLUNG VON DATEN

Aufgabe unserer Kanzlei ist die Erbringung von Rechtsdienstleistungen. Im Rahmen der Erbringung dieser Dienstleistungen können Sie als Mandant gesetzlich verpflichtet sein, unserer Kanzlei Informationen und personenbezogene Daten bereitzustellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des anwaltlichen Mandatsverhältnisses und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Anwaltsvertrages oder die Ausführung konkreter Rechtsbesorgungsgeschäfte ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

8. BESTEHEN EINER AUTOMATISIERTEN ENTSCHEIDUNGSFINDUNG EINSCHLIESSLICH PROFILING

Zur Begründung und Durchführung der Mandatsbeziehung nutzen wir grundsätzlich keine automatische Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

9. QUELLE DER PERSONENBEZOGENEN DATEN

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Zuge unserer Mandatsbeziehung von Ihnen oder den unter Ziffer 3 genannten Personen erhalten.